

Newsletter Globale Wirtschaft und Menschenrechte



Eine-Welt-PromotorInnen
Programm NRW



Träger der Fachstelle

3. Ausgabe, September 2016

Inhalt

Menschenrechte entlang globaler Lieferketten

- Kein Glanz ohne Schatten: Wanderausstellung
- Menschenrechte und Erneuerbare Energien
- Neues zu Palmöl
- Arbeitsbedingungen in osteuropäischen Schuhfabriken
- Gewalt gegen GewerkschaftlerInnen: Global Rights Index und Kolumbien-Bericht

Globale Wirtschaft politisch verändern

- Positionspapier zur Rohstoffpolitik
- Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte: Finanzministerium blockiert verbindliche Regelungen
- Beratungen zum UN-Treaty
- Internationaler Strafgerichtshof erweitert Fokus auf Landraub

Unternehmen in der Verantwortung

- Verantwortlicher Umgang mit Steuerpflicht
- Studie zu menschenrechtlicher Sorgfalt in kleinen und mittleren Unternehmen
- SÜDWIND-Studie: Was könnte ein Kakao-Fonds bringen?
- An thyssenkrupp: Aktionspostkarte Dieb-Stahl

Globales Lernen

- Onlinespiel zur Arbeit in Textilfabriken
- Mediensammlung: Globale Folgen des Abfalls
- Bildungsmaterial zu TTIP von Attac und Greenpeace

Veranstaltungen in NRW

- 16.-30.09.2016, bundesweit: Faire Woche
- 26.-30.09.2016, NRW und Berlin: Speakerstour zu Menschenrechtsverletzungen durch Kohle in Südafrika
- 30.09.– 07.10.2016, NRW: Kohle-Vortragstour mit AktivistInnen aus Kolumbien und Südafrika
- 06.10.2016, Bonn: Podiumsdiskussion Wirtschaft und Menschenrechte
- 22.10.-19.11.2016, Münster: Entwicklungspolitische Veranstaltungsreihe „fairkauft“
- 10.11.2016, Dortmund: Studententag „Hier drückt der Schuh“
- 14.-18.11.2016, Köln: Radiowerkstatt Soziale Menschenrechte
- 18.-19.11.2016, Köln: Abendveranstaltung und MultiplikatorInnen-Workshop zu IT-Produkten

Menschenrechte entlang globaler Lieferketten



Kein Glanz ohne Schatten – Wanderausstellung

Was hat unser Ressourcenverbrauch mit Ghana zu tun? Antworten auf diese Frage gibt die beim Eine-Welt-Netz NRW in Münster entlehbare Wanderausstellung „Aluminium, Gold, Elektroschrott - kein Glanz ohne Schatten“. Die Ausstellung beleuchtet, wie Rohstoffe in Ghana gewonnen werden und was dort mit Elektroschrott passiert, der aus Europa stammt. Negative Auswirkungen für Mensch und Umwelt werden dargestellt und Möglichkeiten nachhaltigen Konsums sowie kreative Initiativen aus NRW vorgestellt. Nähere Informationen gibt es [hier](#).



Menschenrechte und Erneuerbare Energien

Der globale Klimawandel gefährdet die Verwirklichung der Menschenrechte. In seinen Auswirkungen auf die weltweiten Ernteerträge, die Verfügbarkeit von Trinkwasser, auf Extremwetterphänomene und Meeresspiegelanstieg bedroht er die Rechte auf Leben, Nahrung, Wohnung, Wasser, Gesundheit oder Selbstbestimmung.

Aber auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien als ein Ausweg aus der Klimakrise muss auf die Wahrung von Menschenrechten geachtet werden. So bedrohen bspw. große Wasserkraftprojekte nicht selten die Rechte indigener Gemeinschaften. Eine Sammlung von negativen wie positiven Fallbeispielen mit Blick auf größere Projekte Erneuerbarer Energien hat das Business and Human

Rights Resources Center [hier](#) zusammengestellt.

Neues zu Palmöl



Die Probleme rund um den Rohstoff Palmöl sind vielen bekannt: Der Anbau ist mit großen Regenwaldverlusten verbunden, es finden illegale Landnahmen statt und die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen sind weder sozial noch fair. Eine [Studie des WWF](#) ging nun der Frage nach, welche Auswirkungen es hätte, wenn das Fett der problematischen aber produktiven Ölpalme (hoher Flächenertrag) in Deutschland komplett durch andere, insbesondere heimische Ölpflanzen (mit geringerem Flächenertrag) ersetzt würde. Ihr Fazit: Effekte auf Klimawandel und Artenverlust wären noch größer. Andere Umweltverbände begrüßen die umfangreichen und gut aufbereiteten Daten der Studie, kritisieren aber in einer [gemeinsamen Pressemitteilung](#) eine missverständliche Kommunikation der genannten Schlussfolgerung durch den WWF. Einig sind sich die Umweltverbände, dass Palmöl massiv eingespart werden muss - indem Palmöl nicht mehr in Biokraftstoffen eingesetzt wird und die Nachfrage nach ölreichen Lebensmitteln wie z.B. Fertigprodukten sinkt. Wer die Menschenrechtsverletzungen im Palmölsektor nochmals detailliert nachvollziehen möchte, dem sei die [SÜDWIND-Studie](#) „Palmöl - der perfekte Rohstoff?“ von 2015 empfohlen. Für einen Schulterschluss von Umwelt- und ArbeitsrechtsaktivistInnen in der Palmölfrage plädieren Engagierte und WissenschaftlerInnen aus Indonesien, Malaysia und Deutschland in [diesem](#), kürzlich auf Deutsch erschienenen Artikel. Ohne die ausbeuteri-

schen Arbeitsbedingungen auf den Palmölplantagen, so die Botschaft der AutorInnen, wäre der preisgünstige Palmölanbau im heutigen Umfang gar nicht möglich.



Arbeitsbedingungen in osteuropäischen Schuhfabriken

Die Aufschrift „Made in Europe“ verbinden viele KonsumentInnen mit der Vorstellung von guten Arbeitsbedingungen.

Dass dies für die europäische Schuhindustrie nicht zutrifft, zeigt das im Rahmen der Kampagne Change Your Shoes veröffentlichte Factsheet [Harte Arbeit für wenig Geld](#). Die in den untersuchten osteuropäischen Schuhfabriken gezahlten Löhne reichen bei Weitem nicht aus, um die Grundbedürfnisse der ArbeiterInnen, bzw. die ihrer Familien zu decken. Die Bezahlung nach Stückzahl führt zudem dazu, dass Arbeitskräfte beim Umgang mit Chemikalien auf Sicherheitsmaßnahmen wie Handschuhe verzichten, um schneller mehr Paare zu fertigen. Als Maßnahmen zur Verbesserung schlagen die AutorInnen unter anderem einen existenzsichernden europäischen Mindestlohn vor, der zwei Millionen Menschen, die in der Schuh- und Textilproduktion in Osteuropa tätig sind, und ihre Familien aus Armut und sozialer Isolierung befreien könnte.



Gewalt gegen GewerkschaftlerInnen: Global Rights Index und Kolumbien-Bericht

Wie steht es weltweit um die Rechte von ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen? Um diese Frage zu beantworten untersuchte der Internationale Gewerkschaftsbund 141 Länder und veröffentlichte die Ergebnisse im jährlich erscheinenden "Global Rights Index". Die frappierende Feststellung: Die Zahl der Länder, in denen GewerkschafterInnen Gewalt ausgesetzt waren, ist innerhalb eines Jahres um mehr als 44 % gestiegen. Gestiegen ist auch die Zahl der Länder, in denen Demonstrationen und eine freie Meinungsäußerung von Beschäftigten unterbunden wurden. Als die problematischsten Länder für erwerbstätige Menschen wurden in diesem Jahr Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei, China, Indien, Kambodscha, Weißrussland, Iran, Guatemala und Kolumbien identifiziert. Der Report lässt sich [hier](#) herunterladen.

Zur speziellen Problematik im Kohlesektor gibt es ebenfalls eine neue Veröffentlichung: Die anhaltende massive Gewalt gegen GewerkschafterInnen und zivilgesellschaftliche AktivistInnen in der kolumbianischen Kohle-Provinz Cesar dokumentiert ein neuer [Bericht](#) der niederländischen Organisation Pax. Mehr als 200 Menschen sind demnach seit 2012 in der Region Opfer von Drohungen, Einschüchterungen und Gewalt geworden.

Globale Wirtschaft politisch verändern



Positionspapier zur Rohstoffpolitik

Der Abbau von Rohstoffen findet häufig auf Kosten der Umwelt und unter Verletzung von Menschenrechten statt. Daher braucht es eine Rohstoffpolitik, die den Rohstoffverbrauch senkt, Menschenrechte effektiv schützt und die Zivilgesellschaft schützt und stärkt. Konkretisiert und erläutert werden diese Forderungen mit Blick auf Bundesregierung und EU in einem Positionspapier des AK Rohstoffe, einem Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen. Zum Positionspapier geht es [hier](#).



Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte: Finanzministerium gegen jede Verbindlichkeit

Wieviel Substanz der von der Bundesregierung zu beschließende Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte haben wird, steht derzeit auf der Kippe. Nach monatelangen Abstimmungen hat sich die Bundesregierung in entscheidenden Fragen zerstritten: Der erste Entwurf des Aktionsplans setzte immerhin ein klar formuliertes Ziel: Bis 2020 sollten 50 % der Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern menschenrechtliche Sorgfaltsprozesse in ihre Geschäfte integriert haben. Andernfalls wollte die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung prüfen. Staatliche Unternehmen sollten ab sofort verpflichtet werden.

Kurz vor Schluss schaltete sich das bislang unbeteiligte Finanzministerium ein und hat in seiner Bearbeitung des Entwurfs alle progressiven Vorschläge gestrichen. Ganz in Einklang mit den Forderungen der Wirtschaftsverbände möchte das Finanzministerium nicht mal mehr von „Erwartungen“ an Unternehmen, sondern nur noch von „Empfehlungen“ sprechen. Eine [Monitor-sendung](#) berichtet über diese Entwicklung. Ein Podiumsgespräch zum Nationalen Aktionsplan im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums von SÜDWIND mit Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Markus Krajewski, Frank Schwabe (SPD), Paul Noll (BDA) und Friedel Hütz-Adams (SÜDWIND) lässt sich [hier](#) nachhören.

Vor erneuten Beratungen auf Regierungsebene im Oktober ist eine deutliche Positionierung der Zivilgesellschaft für einen starken Aktionsplan besonders wichtig. SÜDWIND und viele weitere rufen daher dazu auf, die [Unterschriftenaktion „Menschenrechte vor Profit“](#) intensiv zu verbreiten.



Beratungen zum UN-Treaty

Seit Juni 2014 gibt es eine UN-Arbeitsgruppe, um ein rechtsverbindliches Abkommen („Treaty“) zu entwickeln, mit dessen Hilfe Wirtschaftsunternehmen für Menschenrechtsvergehen zur Verantwortung gezogen werden können. Ein solches Abkommen kann den Ansatz der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ergänzen und verbindlich verankern. Es könnte aus dem derzeitigen Dilemma zumeist schwacher Nationaler Aktionspläne (siehe oben) herausführen, indem bspw. alle Staaten völkerrechtlich verpflichtet werden, Konzerne in ihrem

Hoheitsgebiet gesetzlich zur gebotenen menschenrechtlichen Sorgfalt anzuhalten. Um den Opfern von Menschenrechtsverstößen Zugang zu Gerichten und fairen Verfahren zu gewährleisten, könnten Staaten zur Kooperation verpflichtet werden. Vom 24. bis 28. Oktober 2016 findet die [Zweite Tagung der Zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zum Treaty](#) in Genf statt. Die Bundesregierung hat sich bislang nicht an den Diskussionen der Arbeitsgruppe des Menschenrechtsrates beteiligt und auch die EU hat bislang eine eher torpedierende statt konstruktive Rolle eingenommen. Mit einer [Unterschriftenaktion](#) verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen wird EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aufgefordert, dass die EU sich dem Prozess nicht länger verschließen soll, sondern sich konstruktiv einbringen möge. Eine [Diskussionsveranstaltung](#) am 27.09.2016 in Berlin informiert über den Prozess.



Internationaler Strafgerichtshof erweitert Fokus auf Landraub

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, der sich bislang vor allem mit kriegerischen Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent befasst hat, will zukünftig auch Umweltzerstörung und Landraub als mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit ins Visier nehmen. Dies kündigte Chefanklägerin Fatou Bensouda am 15. September 2016 an. Umwelt- und Menschenrechtsgruppen begrüßten die Ankündigung als Warnsignal an Unternehmen und Regierungen weltweit. Ein Antrag liegt dem Gerichtshof bereits vor: Er wird gebeten, die Enteignung von bis zu 850.000 Menschen in

Kambodscha beim Verkauf von Land an chinesische und vietnamesische Unternehmen zu verfolgen. [Hier](#) geht es zu einer Pressemitteilung der Organisation Global Witness, die sich lange für eine Strafverfolgung von Landraub eingesetzt hat.

Unternehmen in der Verantwortung



Verantwortlicher Umgang mit Steuerpflicht

Unternehmen, die die Zahlung angemessener Steuern und Abgaben auf legalen oder illegalen Wegen umgehen, bringen Regierungen um wichtige Einnahmen, die benötigt werden, um Menschenrechte wie jene auf Gesundheit, Bildung, Wohnraum oder Wasserzugang zu gewährleisten. Ein frei zugängliches Webinar von Business and Human Rights Resource Centre und Global Compact erläutert diese Zusammenhänge in englischer Sprache und zeigt Wege zum verantwortlichen Umgang mit der Steuerpflicht für Unternehmen auf. [Hier](#) geht es zum Webinar.



Studie zur menschenrechtlichen Sorgfalt in kleinen und mittleren Unternehmen

Auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind zunehmend in globale Lieferketten eingebunden. Damit sie ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen können, brauchen sie geeignete Instrumente und Umsetzungsstrategien. Eine Studie des Instituts für Entwicklung und Frieden setzt sich mit

diesem Thema auseinander und untersucht bestehende Leitfäden auf ihre Praxistauglichkeit für KMU. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass KMU viele Gemeinsamkeiten mit großen Unternehmen haben, aber auch spezifische Bedarfe. Politikgesteuerte Anreize wie eine Bevorzugung menschenrechtlicher Vorreiter-Unternehmen in der öffentlichen Beschaffung oder Außenwirtschaftsförderung können der Studie zufolge ebenso zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt beitragen wie ein höherer Bekanntheitsgrad bestehender Instrumente und weitere Hilfestellungen wie länderspezifische Datenbanken zu Menschenrechtsrisiken. Die Studie ist [hier](#) zu finden.



SÜDWIND-Studie: Was könnte ein Kakao-Fonds bringen?

Die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kakao-bäuerInnen und ihren Familien müssen sich dringend ändern. Darin sind sich alle BeobachterInnen der Wertschöpfungskette von Kakao einig. Die FarmerInnen müssen vom Kakaoanbau leben können; ihre Kinder müssen die Möglichkeit haben, eine Schule zu besuchen. Vor diesem Hintergrund beauftragte die International Cocoa Organization (ICCO) SÜDWIND mit einer Studie, die sich mit der Etablierung eines Kakao-Fonds beschäftigt. Erfahrungen mit Nachhaltigkeits-Fonds in anderen landwirtschaftlichen Sektoren (Palmöl, Baumwolle, Fleisch und Kaffee) werden darin ausgewertet und verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung, Zielsetzung und Organisation dargestellt. Zur Studie geht es [hier](#).

An thyssenkrupp: Aktionspostkarte Dieb-Stahl

Thyssenkrupp bezog in den Jahren 2013-2014 für die Stahlproduktion Kohle aus Minen, für die Menschen in lebensfeindliche Gebiete zwangsumgesiedelt wurden. Eine Aktionspostkarte der Kampagne Stop Mad Mining fordert von thyssenkrupp mit den Betreibern der Minen in Mosambik in den Dialog zu treten und sich für eine umfassende Wiedergutmachung der sozialen und ökologischen Schäden einzusetzen. Der Schutz der Rechte der von Bergbau betroffenen Gemeinden, so eine Forderung, soll im Verhaltenskodex für Zulieferer festgeschrieben werden.

Die Aktionspostkarte sowie die von der Christlichen Initiative Romero und DanWatch veröffentlichte Studie zur Thematik findet sich [hier](#).

Globales Lernen



Computerspiel zur Arbeit in Textilfabriken

„Mala & die Billig-Zombies“ ist der Titel eines von der Kampagne für Saubere Kleidung präsentierten Online-Spiels. Die Spielfigur Mala sieht sich in diesem den Hindernissen und Gefahren im Arbeitsalltag einer Näherin ausgesetzt. Notausgänge sind versperrt, Chemikalienfässer hinterlassen giftige Pfützen und ihr Lohn bleibt gering. Durch die Gründung einer Gewerkschaft, die für faire Löhne kämpft, kann das Spiel schließlich gewonnen werden. Zum Spiel geht es [hier](#).

Mediensammlung: Globale Folgen des Abfalls

Filme, Dokus, Spots und Bildergalerien rund um die globalen Auswirkungen von Abfall und verschwenderischem Umgang mit Ressourcen hat das Portal Globales Lernen zusammengestellt. Die Sammlung ist [hier](#) zu finden.

Bildungsmaterial zu TTIP von Attac und Greenpeace

Rund um das Freihandelsabkommen, seine Ziele, die Interessen verschiedener Akteure sowie Auswirkungen auf Weltwirtschaft, Umwelt und Demokratie haben sowohl Greenpeace als auch Attac Bildungsmaterial veröffentlicht. Herunterladen lässt es sich [hier](#) (Attac) und [hier](#) (Greenpeace).

Veranstaltungen in NRW

16.-30. September 2016, bundesweit: Faire Woche

Rund um den Fairen Handel finden in diesen Tagen bundesweit zahlreiche Filmvorführungen, Verkostungen, Ausstellungen, Feste, Diskussionsveranstaltungen und sogar eine Fair-Trade-Night statt. Veranstaltungen in Ihrer Region finden Sie über diesen [Kalender](#).

26.-30. September 2016, NRW und Berlin:

Speakerstour zu Menschenrechtsverletzungen durch Kohle in Südafrika

Im Rahmen der von KOSA e.V. und Misereor organisierten Speakers-Tour berichten die südafrikanischen Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen Caroline Ntaopane und Matthews Hlabane über Folgeschäden des Kohleabbaus und der Kohleverbrennung für Mensch und Umwelt in Südafrika und die Verantwortung deutscher Unternehmen. Diskussionsveranstaltungen finden in Düsseldorf (26.09.), Berlin (27. Und 29.09.), sowie in Bielefeld und Münster (30.09.) statt. Nähere Informationen [hier](#).

30. September 2016 – 07. Oktober 2016:

Kohle-Vortragstour mit AktivistInnen aus Kolumbien und Südafrika

Abermals um die Menschenrechtsverletzungen im Kohlesektor geht es bei dieser von Attac und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Vortragstour. Deris Paz aus Kolumbien ist aktiv bei einer Frauenorganisation der indigenen Gemeinschaft Wayuu, deren Lebensgrundlagen massiv vom Steinkohle-Tagebau betroffen sind. Makoma Lekalakala aus Südafrika ist Kampagnerin der Umweltorganisation Earth Life. In NRW finden Veranstaltungen mit den Referentinnen in Siegen (30.09.), Köln (2.10.) und Dortmund (4.10.) statt, darüber hinaus in Frankfurt, Hamburg und Bremen. Informationen [hier](#).

06. Oktober 2016, Bonn, 19:00 Uhr: Podiumsdiskussion Wirtschaft und Menschenrechte

Unter dem Titel „Wirtschaft und Menschenrechte“ möchte die Friedrich-Naumann-Stiftung Diskussionen über ethische und menschenrechtliche Standards in globalen Lieferketten anstoßen und die Umsetzung der UN-Leitprinzipien erörtern. Markus Löning, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe a.D., führt in die Thematik ein und diskutiert mit VertreterInnen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Nähere Informationen [hier](#).

22. Oktober 2016 - 19. November 2016, Münster:

Entwicklungspolitische Veranstaltungsreihe „fairkauf“

Die Veranstaltungsreihe mit Vorträgen, Ausstellungen, Theatervorführungen, Workshops, Exkursionen, Flashmops und Infoständen widmet sich den globalen Folgen unseres Konsumverhaltens. Auch Menschenrechtsverletzungen (etwa in den Themenbereichen Kleidung, Kakao, Steine oder

Landgrabbing) werden auf vielfältige Weise aufgegriffen. Zum Programm geht es [hier](#).

10. November 2016, Dortmund: Fachtag „Hier drückt der Schuh“

Die Arbeitsbedingungen in der indischen Schuh- und Lederindustrie stehen im Fokus dieses Fachtags. Anton Pieper von SÜDWIND stellt neue Ergebnisse aus dem Projekt Change Your Shoes vor, zwei ArbeiterInnen aus indischen Schuhfabriken berichten über ihre Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten für Zivilgesellschaft und Gewerkschaften werden erarbeitet. Informationen demnächst unter den Terminen [hier](#).

14.-18. November 2016, Köln: Radiowerkstatt Soziale Menschenrechte

In diesem Bildungsurlaub können Expert-

Innen aus verschiedenen NGOs zu den Sozialen Menschenrechten interviewt werden. Die Teilnehmenden erstellen einen Radiobeitrag, der anschließend im Bürgerfunk gesendet und online veröffentlicht wird. Infos [hier](#).

18./19. November 2016, Köln: Abendveranstaltung und MultiplikatorInnen-Workshop zu IT- Produkten

Wie und unter welchen Bedingungen werden Smartphones produziert? Worauf sollte ich beim Kauf achten? Diesen Fragen widmet sich das weed-Projekt PC-Global mit einer abendlichen Schnitzeljagd und einem Workshop für MultiplikatorInnen in Köln. Näher Informationen [hier](#).

Impressum:

Der Newsletter Globale Wirtschaft und Menschenrechte ist ein Angebot der im Rahmen des [Eine-Welt-PromotorInnenprogramms](#) NRW eingerichteten Fachstelle für Globale Wirtschaft und Menschenrechte bei SÜDWIND.

Kontakt:

Eva-Maria Reinwald

Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte
SÜDWIND e.V.-Institut für Ökonomie und Ökumene
Tel.: 0228-763698-21
E-Mail: reinwald@suedwind-institut.de
Website: www.suedwind-institut.de

Der Newsletter lässt sich unter diesem [Link](#) oder durch kurze Nachricht per Mail wieder abbestellen.

Erscheinungsort und Datum: Bonn, September 2016

Herausgeber: SÜDWIND e.V.

V.i.S.d.P: Martina Schaub

Mitglied werden und spenden

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und Förderer. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Informationen zu einer Mitgliedschaft bei SÜDWIND erhalten Sie auf unserer [Website](#), telefonisch unter 0228-763698-14 oder per E-Mail an info@suedwind-institut.de.

[Mitglied werden Online spenden](#)

Bildnachweise für diesen Newsletter: S. 2: Ancisma/Freeimages.com, CIFOR/Flickr.com; S. 3: SACOM HongKong/Flickr.com; S. 4: Jörg Burckhardt/Freeimages.com, Michal Koralewski/Freeimages.com; S. 5: Steven Stacey/Freeimages.com; Darren Shaw/Freeimages.com; S. 6: Darias Martin/Freeimages.com